

Sitzungsvorlage

FB / Aktenzeichen	Vorlage	Datum
I/10 / öffentlich	2013/053	09.04.2013

BERATUNGSFOLGE		Beratungsergebnis			
Gremium	Termin	EST	Ja	Nein	Enth.
Haupt- und Finanzausschuss	16.05.2013				
Gemeinderat	28.05.2013				

Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Ostbevern

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Ostbevern wird in der dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Bei einzelnen Produkten werden höhere Erträge erzielt.

Gleichstellung:

Es werden gleichstellungsrelevante Fragen tangiert.

ja [] nein [**X**]

Sachdarstellung:

Der Rat der Gemeinde Ostbevern hat im August 2007 die derzeit gültige Verwaltungsgebührensatzung beschlossen.

Im Rahmen der im Jahr 2012 durchgeführten Produktkritik wurde auch angeregt, die Verwaltungsgebührensatzung anzupassen.

Nunmehr hat der Städte- und Gemeindebund NRW die Verwaltungsgebühren-Mustersatzung überprüft. Die Änderungen betreffen im Wesentlichen die Gebührenkalkulation und somit die Gebührentarife, die an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sowie an den aktuellen Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) angepasst wurden.

Die Änderungen sind in der als Anlage 1 beigefügten Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung **fett und kursiv** dargestellt.

Die Mustersatzung sieht auch eine Gebühr für die Entgegennahme, Prüfung sowie das Ausfüllen des Antrags auf Befreiung von dem Rundfunkbeitrag (Hörfunk und Fernsehen) in Höhe von 6,00 € vor. Da zu dem Personenkreis, die eine Befreiung von dem Rundfunkbeitrag beantragen können, Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz gehören, schlägt die Verwaltung – wie bereits im Jahr 2007 – vor, hierfür keine Gebühr zu erheben. Es handelt sich um rd. 100 Fälle im Jahr.

Bürgermeister

Fachbereichsleiter

Sachbearbeiter
